

Raus aus der Sackgasse!

Neue Ernährungssysteme braucht die Welt



**Auf Achse
gegen Landraub**

S. 6

**Landwirtschaft
mit Zukunft**

S. 16



BROT FÜR ALLE

Liebe Leserinnen, liebe Leser

In diesen Tagen treffen sich die Staats- und Regierungschefs in New York, um über die Zukunft unserer Ernährung zu debattieren. Ein dringendes und äusserst komplexes Thema, das auf verschiedenen Ebenen angegangen werden muss.

Während hierzulande ein Drittel aller Lebensmittel im Abfall landet, konnte sich 2019 weltweit jeder zehnte Mensch nicht ausreichend ernähren. Mit der Corona-Pandemie nahm der Hunger sogar noch zu.

Grosse Sorgen bereiten zudem die immensen Umweltschäden durch die Agrarindustrie, die durch den Einsatz von Chemie und fossilen Energien fruchtbare Böden zerstört, Trinkwasser verschmutzt und zur Klimaerwärmung beiträgt.

Es ist zu befürchten, dass sich dies auch nach dem UNO-Gipfel über Ernährungssysteme nicht ändern wird, da dieser just von jenen Akteuren dominiert wird, die Teil des Problems sind. Trotzdem besteht Hoffnung: Weltweit engagieren sich Bäuerinnen und Bauern, gemeinsam mit Umweltaktivistinnen und -aktivisten, Menschenrechtsorganisationen und Bürgerbewegungen für gerechte und nachhaltige Ernährungssysteme.

Ein Weg, den auch *Brot für alle* seit Jahren unterstützt. Danke, dass auch Sie mit uns auf diesem Weg unterwegs sind!



Bernard DuPasquier
Geschäftsführer *Brot für alle*

- Politikum
- 5 **Der Kampf geht weiter!**
- Südsicht
- 8 **Staatliche Repression in Guatemala**
- Im Wandel
- 9 **Biogemüse aus dem Gemeinschaftsgarten**
- Dossier
- 10 **Ernährungssysteme der Zukunft**
- 15 **Gerechter Wandel**
- 16 **Umwelt- und Ernährungspolitik gehören zusammen**

Impressum

Herausgeber: Brot für alle
Redaktion: Gabriela Neuhaus (gn), Daniel Tillmanns (dt)
Korrektur: 1-2-fehlerfrei
Gestaltung und Realisation: Crafft AG, Zürich
Bildbearbeitung: Schellenberg Druck AG, Pfäffikon
Druck: Druckerei Kyburz AG, Dielsdorf
Auflage: 33 000 DE, 9000 FR
Erscheinung: Viermal jährlich
Preis: CHF 5.– pro Spender/in werden für das Abonnement verwendet
Kontakt: Brot für alle, perspektiven@bfa-ppp.ch, 031 380 65 65



Die Impfstoffe gegen das Coronavirus stehen unter Patentschutz. Dessen Aussetzung wäre ein wichtiger Schritt für mehr Impfgerechtigkeit.

Zwangslizenzen für Impfstoffe

Indien und Südafrika forderten bereits im Oktober 2020, den Patentschutz auf Corona-Impfstoffe auszusetzen. Ein wichtiger Schritt für eine gerechtere Verteilung der Impfstoffe. Doch die Schweiz leistet Widerstand.

Die Welthandelsorganisation WTO sieht vor, dass der Patentschutz durch sogenannte Zwangslizenzen unterbrochen werden kann, wenn «die öffentliche Ordnung» betroffen ist. Der Schutz von Leben und die Gesundheit von Menschen, Tieren oder Pflanzen fallen ausdrücklich unter diesen Begriff der «öffentlichen Ordnung». Wann also, wenn nicht jetzt, in der weltweiten, durch das Coronavirus verursachten Gesundheitskrise, wären denn Zwangslizenzen angebracht?

Die letzte vergleichbare Pandemie, die Spanische Grippe, liegt 102 Jahre zurück. Damals

wusste man in der Schweiz noch nichts über Viren und wenig über andere Krankheitserreger, aber sehr viel über Patentschutz. In der Schweiz trat das erste Patentgesetz 1888 in Kraft. Damals wie heute bestimmten die Interessen der chemischen und der Biotech-Industrie die Haltung des Bundesrates – nur war die Interessenlage am Anfang genau umgekehrt.

Wirtschaft gegen Patente

Das Patentwesen sei ein «Hemmschuh», eine «Fundgrube für das Schmarotzertum» und ein «beutereicher Tummelplatz für Patentagenten,

Prozessagenten und Advokaten». Mit diesen Worten wehrten sich schweizerische Wirtschaftsführer 1883 in einer Schrift an die «hohen Bundesbehörden» gegen die Einführung des Patentschutzes in der Schweiz. Das war nichts als konsequent: Damals profitierte die noch junge Schweizer Industrie vom fehlenden Patentschutz. Sie konnte Erfindungen kopieren, ohne dafür Lizenzen zu bezahlen. Das Patentgesetz setzte dem 1888 ein Ende. Die chemische Industrie blieb jedoch dank einer Sonderklausel sogar bis 1905 vor Lizenzzahlungen verschont.

Damals war die Schweiz ein Technologie-Importland, heute ist es umgekehrt. Kein anderes Land der Welt verdient pro Kopf der Bevölkerung so viel am Export von Erfindungen wie die Schweiz. Entsprechend hat sich ihre Position gewandelt: Heute lehnt das Schweizer Institut für geistiges Eigentum IGE jegliche Aufweichung des Monopolschutzes ab, sogar wenn diese im Gesetz vorgesehen ist. Das IGE äusserte sich denn auch kritisch zur Ankündigung von Joe Biden, dass die USA die Aussetzung des Patentschutzes für Corona-Impfstoffe unterstütze.

Fairen Zugang ermöglichen

Auch die EU ist offen für Gespräche. So sagte etwa Valdis Dombrovskis, Vizepräsident der EU-Kommission, in seiner Stellungnahme vom 19. Mai, Zwangslizenzen seien im Kontext einer Pandemie ein vollkommen legitimes Mittel. Gerade für Entwicklungsländer sei diese Möglichkeit wichtig, weil damit die Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Medikamenten sichergestellt werden könne. Die US-Handelsbeauftragte Katherine Tai betonte, man müsse gemeinsam daran arbeiten, die Pandemie zu beenden. Das Ziel sei, «so viele sichere und wirksame Impfungen so schnell wie möglich zu so vielen Menschen wie möglich zu bringen». Amnesty International erachtet die Aussetzung des Patentschutzes als wichtigen Schritt, um einen «erschwinglichen und fairen Zugang zu Impfstoffen weltweit» zu ermöglichen. Höchste Zeit, dass auch die Schweiz ihre wirtschaftlichen Eigeninteressen der globalen Impfgerechtigkeit unterordnet.



Migo Baumann ist Co-Leiter Entwicklungspolitik bei *Brot für alle*

300

Millionen Menschen leben in Regionen, die infolge des Klimawandels vom steigenden Meeresspiegel bedroht sind oder gar verschwinden werden.

bit.ly/elevationmers

Freihandelsabkommen

Mercosur-Studie

Die internationale Organisation Grain hat in einer Studie die Klimafolgen des geplanten Freihandelsabkommens mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten aufgezeigt: Allein durch den zusätzlichen zollfreien Import von Fleisch und Futtermitteln würde sich der Ausstoss von Treibhausgasen in der Schweiz um 15 Prozent erhöhen. Dies bestätigt die Kritik der Mercosur-Koalition, der auch *Brot für alle* angehört, die wiederholt auf die zu erwartenden negativen Auswirkungen des Abkommens auf die Umwelt und Menschenrechte in den Mercosur-Staaten sowie auf die Schweizer Landwirtschaft hingewiesen hat. grain.org/e/6662



«Es gäbe genug Geld, genug Arbeit, genug zu essen, wenn wir die Reichtümer der Welt richtig verteilen würden, statt uns zu Sklaven starrer Wirtschaftsdoktrinen und -traditionen zu machen.»

Albert Einstein, «Für einen militanten Pazifismus»



Menschenrechte

Bittere Schokolade

Vor 20 Jahren verpflichteten sich Kakaokonzerne wie Nestlé und Barry Callebaut, gegen die Kinderarbeit auf den Plantagen ihrer Zulieferer vorzugehen. Neue Recherchen zeigen jedoch, dass die Konzerne die freiwilligen Massnahmen unzureichend umsetzen. Laut einer Studie des National Opinion Research Centers arbeiten heute allein in den Hauptproduktionsländern Ghana und Côte d'Ivoire über 1,5 Millionen Kinder unter missbräuchlichen Bedingungen. norc.org – Cocoa

Ökologischer Fussabdruck

Overshoot Day

Dieses Jahr hatte die Schweiz bereits am 11. Mai mehr natürliche Ressourcen verbraucht, als ihr für das ganze Jahr 2021 zustehen würden. Jedes Jahr berechnet das «Global Footprint Network» den ökologischen Fussabdruck der Menschen weltweit. Der sogenannte Overshoot Day bezeichnet jenen Tag, an dem die Kapazität der Erde zur Reproduktion der für das ganze Jahr benötigten Ressourcen überschritten wird. Um den gesamten Ressourcenverbrauch der Weltbevölkerung zu decken, bräuchte es 1,7 Planeten. Der globale Overshoot Day wurde dieses Jahr am 29. Juli erreicht. overshootday.org



Good News

Blick über den Gartenzaun

Seit März 2020 bloggen Mitarbeitende von *Brot für alle* regelmässig über ihr Engagement und ihre Erfahrungen. Das Spektrum der Beiträge reicht von erfolgreichen Kampagnen gegen Land Grabbing über die Nöte von Textilarbeiterinnen bis zu Freude und Frust im Kampf gegen den Klimawandel. In zahlreichen der über achzig Texte, die bis heute publiziert worden sind und die man auf der Website von *Brot für alle* weiterhin findet, berichten Aktivistinnen und Aktivisten aus dem Süden über ihre täglichen Herausforderungen und ihre Sicht auf den Zustand der Welt – Stimmen, die hierzulande selten zu hören sind. brotfueralle.ch/blog



Der Kampf geht weiter!

Das gültige Gesetz betreffend Konzernverantwortung begnügt sich mit einem simplen Reporting, ohne finanzielle Berichterstattung. Unternehmen, die über keine Menschenrechtsrichtlinien verfügen, müssen auch künftig keine implementieren, und Firmen, die Menschenrechte verletzen, können nicht dazu verpflichtet werden, ihre Verstösse zu beenden. Für Kinderarbeit und Konfliktmineralien gibt es weder Überwachungs- noch Sanktionsmechanismen. Die Umsetzungsverordnung sieht zudem zahlreiche Ausnahmen vor, die das Gesetz weiter aushöhlen. Der vom Bundesrat verabschiedete Text bleibt hinter den gängigen internationalen Standards zurück und geht weniger weit als die europäischen Vorbilder, von denen er sich angeblich inspirieren lässt. Die vollständige Kritik an der mangelhaften Durchführungsverordnung findet man unter: [brotfueralle.ch/Verordnung_KVI](https://www.brotfueralle.ch/Verordnung_KVI)



Ende November 2020 haben 50,7 Prozent der Schweizer Abstimmenden Ja gesagt zur Konzernverantwortungsinitiative. Das reichte zwar nicht für das erforderliche Ständemehr, trotzdem konnten wir ein historisches Zeichen setzen: Mit dieser Abstimmung hat eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung bekräftigt, dass auch die Menschen in den ärmsten Ländern ein Recht auf menschenwürdige Arbeit, Gesundheit und Leben haben und dass dies kein verhandelbarer Wert ist. Seit vierzig Jahren setzt sich *Brot für alle* dafür ein, dass multinationale Unternehmen die Respektierung von Menschenrechten und der Umwelt in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen. Deshalb stand für uns fest, dass dieses Engagement auch nach der Abstimmung vom 29. November fortgesetzt werden muss. Und: Wir werden dies auch künftig gemeinsam mit unseren Verbündeten tun!

Bereits an der Mitgliederversammlung von Mitte März hatte der Verein Konzernverantwortungsinitiative beschlossen, seine Kampagne fortzusetzen. Für die Finanzierung künftiger Aktivitäten wurde ein Crowdfunding gestartet. Dessen Ziel, in zwei Monaten 500 000 Franken zu sammeln, wurde erreicht und sogar übertroffen. Man hat die Statuten angepasst und dem Verein einen neuen Namen gegeben: Verein Konzernverantwortung. Auch ein neues Komitee wurde gewählt: Es setzt sich zur Hälfte aus Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedsorganisationen zusammen: Chantal Peyer (*Brot für alle*), Laurent Matile (Alliance Sud), Sylvia Valentin (Terre des Hommes Schweiz) und Annina Aeberli (Bruno Manser Fonds). Die andere Hälfte sind Persönlichkeiten, die unsere Ziele teilen und mittragen: Der ehemalige Ständerat Dick Marty, der Ex-Nationalrat Dominique de Buman, die Kommunikationsexpertin Isabelle Bamert und der Unternehmer Dieter Pestalozzi wurden für zwei Jahre berufen.

Die erste Aktion des neu konstituierten Vereins ist die Teilnahme an der Vernehmlassung zur Umsetzungsverordnung des Gegenentwurfs zur Initiative. Schon der Text des Gesetzes ist schwach – die vorliegende Verordnung verwässert jedoch das Gesetz noch weiter.

Die Arbeit des Vereins Konzernverantwortung basiert auf einem sich schnell verändernden internationalen Kontext. So hat das Europäische Parlament am 11. März 2021 mit grosser Mehrheit ein Gesetz verabschiedet, das es ermöglicht, in Europa tätige Unternehmen bei Nichteinhaltung ihrer ökologischen und sozialen Sorgfaltspflicht strafrechtlich zu verfolgen. Nach Frankreich und Grossbritannien haben im Juni 2021 auch Deutschland und Norwegen nationale Gesetze verabschiedet, welche Konzerne in die Verantwortung nehmen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Schweiz nicht zu einer «Insel der Gesetzlosigkeit» im Herzen Europas wird!



Chantal Peyer ist Fachfrau für Ethisch Wirtschaften bei *Brot für alle* und im Vorstand des Vereins Konzernverantwortung.

Auf Achse gegen Landraub

Mit Info-Touren durch betroffene Dörfer macht der Aktivist Nasako Besingi den Menschen in Westafrika Mut, sich gegen Landraub zur Wehr zu setzen.



Erfahrungsaustausch in einem von der Ausdehnung der Plantagenwirtschaft betroffenen Dorf in Liberia.

Erfolge beflügeln. Besonders wenn sie gegen einen übermächtigen Gegner zustande kamen. Der Kampf gegen den US-Konzern Herakles in Kamerun war zweifellos ein solcher Fall. Das Unternehmen hatte 2013 vom Staat die Konzession für 730 Quadratkilometer Land erhalten, um darauf eine riesige Palmölplantage zu errichten. Intakter Regenwald und das Kulturland von 14 000 Menschen waren von der Zerstörung bedroht.

Das liessen sich die Menschen in der betroffenen Region nicht bieten. Sie schlossen sich zusammen und organisierten den gewaltfreien Widerstand gegen das Mega-Projekt. Schliesslich musste die Regierung einen Teil der Konzession widerrufen, und Herakles gab seine Pläne auf. Im Wald war zwar Schaden entstanden, doch die Bäuerinnen und Bauern erhielten ihr Land zurück.

Von Dorf zu Dorf

«Der Herakles-Fall hat uns die Augen geöffnet», sagt Nasako Besingi, Leiter der kamerunischen NGO SEFE und Architekt des Widerstands gegen Herakles: «Wir können uns wehren, und wir können gewinnen.» Diese Erfahrung habe der Bewegung gegen den Landraub in Westafrika enormen Auftrieb verliehen: «Die Menschen haben realisiert, dass es Hoffnung gibt, wenn alle am gleichen Strick ziehen.»

Besingi hat solche Sätze schon oft gesagt. Denn nach dem Erfolg gegen Herakles begann er in Kamerun mit seinen «Village Tours», die ihn bald auch nach Gabun, Ghana, Sierra Leone

«Wir können uns wehren, und wir können gewinnen.»

Nasako Besingi

und in andere Länder Westafrikas führten. Überall dorthin halt, wo Landraub drohte oder bereits stattfand und die Menschen Inspiration und Unterstützung brauchten, um den Widerstand zu organisieren.

Alle wollen ihr Land zurück

Die «Dorftourneen» laufen alle ähnlich ab. Besingi und Mitarbeitende lokaler NGO besuchen alle Dörfer im Umfeld eines Plantagenprojekts. Sie erfragen die Bedürfnisse der Menschen vor Ort. Sie zeigen ihnen, wie man sich wehren kann, und machen ihnen Mut, indem sie von Erfolgen erzählen. «Viele Gemeinschaft-



Gruppenbild mit dem Menschenrechtsaktivisten Nasako Besingi anlässlich der Village Tour in Liberia. Er trägt ein braunes Hemd und steht hinter den Frauen rechts im Bild.

ten glauben, sie seien die einzigen, die ihr Land verloren hätten», sagt Besingi. Nach der Village Tour wissen sie: «Wir sind nicht allein.»

Die Plantagenunternehmen wenden laut Besingi stets dieselben Strategien an: Sie versprechen Arbeitsplätze, Schulen und Spitäler. Sie versuchen die Bevölkerung zu spalten, sie schüchtern sie ein und schrecken oft auch vor Gewalt nicht zurück. Doch auch bei den Betroffenen hat Besingi eine Gemeinsamkeit entdeckt: «Die Menschen wollen keine finanzielle Entschädigung, sie wollen nur eines: ihr Land zurück.»

Neuen Mut gefasst

Dies trifft auch auf die Gemeinschaften rund um die Kautschukplantagen des Socfin-Konzerns in Liberia zu. Auf Initiative von Green Advocates, einer Partnerorganisation von *Brot für alle*, tourte Besingi letzten Winter durch 21 Dörfer. *Brot für alle* hatte Anfang 2019 Berichte über Vertreibungen und Gewalt auf den Plantagen publik gemacht. Inzwischen hat Socfin

versucht, die Bevölkerung mit der Gründung von eigenen «NGO» zu spalten – «eine typische Strategie der Konzerne», sagt Besingi, auf die er während der von *Brot für alle* finanzierten Tour oft zu sprechen kam.

Die Tour hat klar gezeigt, was die Menschen in den betroffenen Dörfern wünschen: Sie wollen die Expansion der Plantagen stoppen und statt Versprechungen vonseiten des Konzerns eine Partnerschaft mit echter Beteiligung sowie ihr Land zurück. «Die Menschen haben nach unserem Besuch neuen Mut gefasst, den Kampf für ihre Rechte fortzusetzen», sagt Nasako Besingi. *Brot für alle* wird sie darin weiterhin unterstützen. — *Lorenz Kummer*



Mit ihrer Spende helfen Sie mit, Menschen im Kampf um ihre Rechte zu unterstützen.
PC-40-984-9



Ruth Tánchez ist Koordinatorin der Stiftung Tierra Nueva in Quetzaltenango, Guatemala – einer Partnerorganisation von *Brot für alle*

«Dieser Staat tritt uns mit Füßen»

Die Stiftung Tierra Nueva arbeitet seit acht Jahren im Westen Guatemalas. Wir fokussieren unser Engagement auf die kleinbäuerliche Wirtschaft und arbeiten mit Campesinos und Campesinas, die ihre Wurzeln im Altiplano haben. Ursprünglich waren ihre Familien ins Tiefland und an die Küste gezogen, um für Grossgrundbesitzer zu arbeiten, vor allem auf Kaffeeplantagen. Mit dem Friedensabkommen und der Kaffeekrise bot sich ihnen vor rund zwanzig Jahren erstmals die Möglichkeit, eigenes Land zu erwerben. Wir unterstützen sie in diesem Bestreben und setzen uns für die Lösung von Land- und Umweltkonflikten ein.

Leider haben wir in Guatemala diesbezüglich in den letzten Jahren einen gewaltigen Rückschritt erlitten. So hat die gegenwärtige Regierung etwa das Sekretariat für Agrarangelegenheiten abgeschafft. Mangels Ansprechpartner gibt es jetzt keine Verhandlungslösungen mehr. Landstreitigkeiten oder andere Konflikte führen zu Strafverfolgungen und werden direkt vor Gericht ausgetragen.

Während der Pandemie hat sich die staatliche Repression weiter verstärkt. Demonstrationen wurden von Polizeikräften unterdrückt. Der Staat heuerte viele Private für öffentliche Sicherheitsdienste an, was Erinnerungen an den Krieg in den 1980er Jahren weckt. Erschütternd für uns war die Ermordung unseres Kollegen Benito im August 2020, nur einen Tag später wurde auch Misael Lopez Catalan, der Präsident der Bauernorganisation Codeca in Jalapa, umgebracht. Wenn Sie den Namen, das Gesicht ermordeter Compañeros in der Zeitung sehen müssen, ist das unglaublich schwer zu ertragen...

Ebenfalls während der Pandemie hat der Kongress ein Gesetz verabschiedet, das sich direkt gegen NGO richtet und uns zwingt, noch vorsichtiger zu agieren als bisher. Anlässlich des Besuchs der US-amerikanischen Vizepräsidentin Anfang Juni hat der Ombudsmann für Menschenrechte in Guatemala unser Regime als «Diktatur der Unternehmen» bezeichnet, den Präsidenten als Rädelsführer der Mafia. Diese Anschuldigungen sind kein Geheimnis, sie wurden öffentlich kommuniziert und sogar von den Medien in unserem Land aufgegriffen. Dieser Staat tritt seine Bürgerinnen und Bürger mit Füßen. Die Campesinos und Campesinas, die wir begleiten, werden von den lokalen Behörden schlecht behandelt und diskriminiert. Umso wichtiger ist, dass sie die Struktur dieses Staates kennen und wissen, wie er agiert – und was ihre Rechte sind. Für mich ist es eine Herzensangelegenheit, ihnen dieses Wissen zu vermitteln.

Wie alle meine Kolleginnen und Kollegen stamme ich aus armen Verhältnissen, meine Mutter ist Analphabetin. Sie verfügt aber über ein reiches Erbe an traditionellen Werten und Wissen. Nur gerade fünf Prozent der Bevölkerung in Guatemala haben das Privileg, zu studieren. Als eine dieser Privilegierten erachte ich es als meine Aufgabe, etwas zur Verbesserung der Situation jener Menschen beizutragen, die ums Überleben kämpfen. Daraus, und aus meinem Glauben, schöpfe ich die Kraft, mich trotz aller Widrigkeiten in diesem Land für eine bessere Zukunft einzusetzen.

18

Millionen Menschen leben in Guatemala, dem bevölkerungsreichsten Staat Zentralamerikas.

1034

Angriffe auf MenschenrechtsverteidigerInnen, darunter 17 Morde, wurden 2020 in Guatemala registriert.

90 000

Mitglieder zählt das Comité de Desarrollo Campesino (Codeca), das für die Besserstellung von Campesinos und Indigenen in Guatemala kämpft.

Gartenland – Hoffungsland

Gemeinschaftliches Gärtnern boomt. Dabei ist der soziale Gewinn genauso wichtig wie der ökonomische. Auch in der Schweiz können sich viele Menschen kein Biogemüse aus dem Laden leisten.

Am Fuss des Schlossbergs in Burgdorf wächst und spriesst ein vielfältiger Familiengarten. Menschen aus Afghanistan, Eritrea, Syrien oder Sri Lanka bewirtschaften hier – gemeinsam mit Hobby-Gärtnerinnen und -Gärtnern aus der Schweiz – eine Fläche von rund 2000 Quadratmetern. Leiterin des Projekts ist Gabrielle Hochuli. Sie ist eine gefragte Person – von überallher ruft es an diesem sonnigen Früh-sommer-Vormittag immer wieder Gabrielle, Gabrielle...

Kathrin und Ajere etwa wollen wissen, ob die Kamillenblüten bereits geerntet werden können. Gemeinsam sind sie am Auslichten eines Rettichbeetes. Während der Arbeit verrät Ajere, wie man aus Rettichblättern ein Mittel gegen Grippe zubereiten kann. Das Rezept stammt aus ihrer Heimat Afghanistan. Seit fünf Jahren lebt sie mit ihrem Mann und drei der fünf Kinder in der Schweiz; ihre ungewisse Lebenssituation ist oft belastend. Auf die Frage, was sie am Garten schätzten, antworten die pensionierte Katechetin Kathrin und die Flüchtlingsfrau Ajere fast gleichzeitig: die gemeinsame Arbeit, den gegenseitigen Austausch. Vor allem aber auch, fügt Ajere hinzu, dass sie hier frisches biologisches Gemüse ernten kann. Etwas, was sich die Familie mit monatlich 300 Franken Sozialhilfe pro Person sonst schlicht nicht leisten könnte.

Gemeinsam Wirken

Die Migrantinnen und Migranten kaufen die Setzlinge und Samen für die Beete, die sie bewirtschaften, selber. Schon das sei teuer, sagt Ejob. Der Eritreer lebt mit seiner siebenköpfigen Familie in einer kleinen Wohnung. Die Arbeit im Garten, an der frischen Luft, tue gut, sagt er. Auf seinem Pflanzblätz hat er vor allem Federkohl, Zucchini und Salat angebaut – Produkte, die seine Kinder über alles schätzen.



Beim Bepflanzen ihres Gartenbeets wird Idil von Lydia unterstützt. Beim gemeinsamen Gärtnern lernen sie sich besser kennen – ein für beide Frauen bereichernder und willkommener Austausch.

Die Äthiopierin Idil und Lydia aus Burgdorf kommen gerade vom Einkaufen. Gemeinsam haben sie Tomaten-, Broccoli- und Rotkohlpflänzchen sowie Karotten- und Bohnensamen für Idils Gartenbeet gekauft. Die beiden sind Neulinge im Gemeinschaftsgarten und sind froh um Gabrielles Ratschläge beim Säen und Pflanzen. «Ich esse gerne frisches Gemüse, aber im Laden ist es sehr teuer», sagt Idil, die mit ihren zwei kleinen Kindern seit fünf Jahren in der Schweiz lebt und bisher keine Arbeitsstelle gefunden hat. Lydia, die auch in ihrem Berufsleben mit Migrantinnen und Migranten arbeitet, engagiert sich seit diesem Frühjahr als Freiwillige im Gemeinschaftsgarten. «Beim Gärtnern macht man sich gemeinsam die Hände schmutzig – das ist eine gute Art, sich kennenzulernen und auszutauschen», sagt sie und ergänzt: «Integration passiert nicht im Beratungsgespräch, sondern hier, beim gemeinsamen Wirken.» — *Gabriela Neuhaus*

HEKS Neue Gärten

Die Neuen Gärten bieten geflüchteten Menschen eine Möglichkeit, soziale Kontakte zu knüpfen und sich in der neuen Sprache zu üben. Gemeinsam mit Freiwilligen bauen sie Gemüse, Beeren und Kräuter an. Die regelmässige Tätigkeit und die Produkte aus dem Gemeinschaftsgarten sind für Geflüchtete eine wertvolle Stütze in einer oft sehr schwierigen, unsicheren Situation. Weitere Informationen unter: www.heks.ch/neue-gaerten



Raus aus der Sackgasse

Der UN-Ernährungsgipfel in New York ruft dazu auf, neue Wege für die globalen Ernährungssysteme zu suchen. Veränderungen sind dringend notwendig und möglich. Allerdings sind sie nicht von jenen zu erwarten, die von der gegenwärtigen Situation profitieren.



Foto: Keystone/Jochen Tack

In der Schweiz verschwenden wir rund ein Drittel unserer Lebensmittel. Sie werden in den verschiedenen Stationen der Lieferkette zwischen Feld und Teller aussortiert, sind Überschuss, werden wegwerfen. Pro Person sind das im Durchschnitt jedes Jahr 330 Kilogramm. In anderen Industrieländern sind die Zahlen ähnlich. Gleichzeitig konnte sich im Jahr 2019 jeder zehnte Mensch weltweit nicht ausreichend ernähren. Mit der Corona-Pandemie ist die absolute Zahl hungernder Menschen im letzten Jahr nochmals um 100 Millionen gestiegen.

Diejenigen, die die Lebensmittel produzieren, können oft mehr schlecht als recht von ihrer Arbeit leben. Bauernfamilien, Landarbeiter und Arbeiterinnen im Ernährungssektor leben häufig unter äusserst prekären Bedingungen. Hinzu kommen die horrenden Umweltauswirkungen einer auf Chemie und fossiler Energie basierenden Landwirtschaft: Sie zerstört fruchtbare Böden und die biologische Vielfalt, übernutzt und verschmutzt das Trinkwasser und trägt massgeblich zur Klimaerwärmung bei. Dieses industriell-globalisierte Ernährungssystem hat uns in eine Sackgasse geführt, darin sind sich Wissenschaftlerinnen und Experten weitgehend einig. Es ist also höchste Zeit, die Weichen neu zu stellen. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat das Thema Ernährungssysteme deshalb sogar zur Chefsache erklärt und für September 2021 einen Gipfel der Staats- und Regierungschefs dazu einberufen.

Gesunde und gerechte Ernährungssysteme

Das erklärte Ziel des World Food Systems Summit ist, «mutige neue Aktionen, Lösungen und Strategien auf den Weg bringen, um Fortschritte bei den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu erzielen, die alle auf gesündere, nachhaltigere und gerechtere Ernährungssysteme angewiesen sind». Erreicht werden soll dieses Ziel in Partnerschaft mit «nationalen und lokalen Regierungen, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern». In der Vorbereitung des World Food Systems Summit wird allerdings vor allem den grossen Konzernen unverhältnismässig viel Einfluss eingeräumt.

Der Ansatz, dass für die Transformation der Ernährungssysteme alle Akteure und Akteurinnen einbezogen werden, klingt gut. Allerdings haben nicht alle gleicher- ➤

massen ein Interesse an Veränderung: Ausgerechnet jene, die vom derzeitigen System profitieren, haben ungleich mehr Macht und Einfluss als diejenigen, die gerechte und nachhaltige Modelle aufbauen wollen. So werden etwa Grossunternehmen und Konzerne, die Teil des Problems sind, nicht automatisch Teil der Lösung, nur weil sie die Macht hätten, diese auch umzusetzen. Tatsache ist, dass sie schlicht kein Interesse an einer Veränderung haben. Denn das Geschäftsmodell von Firmen wie Syngenta oder Bayer-Monsanto, die vom Verkauf hochgiftiger Pestizide leben, hat in «gesunden, nachhaltigen und gerechten Ernährungssystemen» keinen Platz.

Vielversprechende Initiativen

Vom Mantra der letzten Jahrzehnte, die Landwirtschaft müsse vor allem viel und billige Agrarprodukte produzieren, haben auch die grossen Konzerne der Lebensmittelverarbeitung wie Nestlé oder Pepsico und die international expandierenden Supermarktketten profitiert. Mit ihren Süsswaren, Getränken, Milchprodukten und Fertiggerichten verdienen sie Milliarden. Gemeinsam mit der Handvoll Agrarhandelsfirmen, die Mais, Soja, Weizen, Palmöl, Kaffee und Kakao international vermarkten, dominieren sie ein globalisiertes Ernährungssystem, in dem Lebensmittel zu einer beliebig handelbaren, gleichförmigen Ware gemacht werden. Was zählt, ist einzig und allein der Preis, beziehungsweise der Gewinn, der damit erzielt werden kann. Gesundheit, ökologische Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit werden in diesem System immer dem Profit untergeordnet.

Unter dieser Prämisse ist jedoch die angestrebte Transformation der Ernährungssysteme nicht zu haben. Vielversprechend sind vielmehr die unzähligen Initiativen, die überall auf der Welt daran arbeiten, vielfältige und gesunde Lebensmittel für sich und andere herzustellen, zu verarbeiten und zu vermarkten. Dazu gehört auch das Modell der solidarischen Landwirtschaft, wo sich Landwirte, Gärtnerinnen und Konsumenten in Kooperativen zusammenschliessen. Mit den Jardins de Cocagne in Genf wurde bereits 1978 die erste Kooperative dieser Art in Europa gegründet.

Auch in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas engagieren sich Gemeinden, Bauernorganisationen und Umweltaktivistinnen – unter anderen auch zahlreiche Partnerorganisationen von *Brot für alle* – für agrarökologische Anbaumethoden, für lokale Märkte und solidarische Netzwerke. Während der Corona-Pandemie waren es genau diese Strukturen, die angesichts des Staatsversagens in zahlreichen Ländern vielen Familien das Überleben ermöglicht haben. Oft wird eingewendet, solche kleinen Strukturen könnten die Weltbevölkerung niemals ernähren; ohne die industrielle Massenproduktion und die Logistik der Supermärkte würden vor allem die Städte verhungern. Dieser Einwand geht an der Realität vorbei. Tatsache ist, dass ein Grossteil der Agrarrohstoffe im Trog oder Tank landet, als Futtermittel oder Agrartreibstoff. Hinzu kommt die eingangs erwähnte Lebensmittelverschwendung.



Auf einem Bauernmarkt in Fort Portal, Uganda: Beim direkten Austausch zwischen Produzentinnen, Händlerinnen und Käuferinnen spielt nicht nur der Preis eine Rolle.

Regionale Märkte statt globale Industrie

Laut Schätzungen der internationalen Organisation ETC Group versorgt das industrielle Ernährungssystem gerade mal 30 Prozent der Weltbevölkerung mit Nahrungsmitteln. 70 Prozent der Lebensmittel werden hingegen von kleinbäuerlichen Produzentennetzwerken hergestellt, in denen zwischen 4,5 und 5,5 Milliarden Menschen arbeiten. Der Grossteil von ihnen lebt in den Ländern des globalen Südens auf dem Land. Dazu kommen einige Millionen kleinbäuerlicher Betriebe in Industrieländern, eine Milliarde städtischer Kleinproduzentinnen und -produzenten sowie rund 800 Millionen Fischerinnen und Fischer. Sie produzieren in erster Linie für lokale und regionale Märkte. Im Unterschied zu den konzerndominierten globalen Wertschöpfungsketten werden die Lebensmittel dort nicht aus ihren geografischen, sozialen und kulturellen Kontexten herausgelöst.

Der Preis ist nur ein Kriterium unter vielen, wenn Produzenten, Händlerinnen, Verarbeiter und Konsumentinnen auf diesen Märkten direkt miteinander verhandeln. Frauen spielen dabei eine tragende Rolle, neben der Arbeit auf dem Feld auch in der Verarbeitung, im lokalen Handel, als Wissensträgerinnen für Saatgutzüchtung, für Rezepte und für die Zubereitung gesunder Mahlzeiten.

Die Transformation des industriell-kapitalistischen Ernährungssystems hin zu zukunftsfähigen, kleinteiligen Versorgungssystemen muss gesellschaftlich breit abgestützt werden. Entgegen der bisherigen Praxis sollten dabei nicht diejenigen die Führung übernehmen, die das gegenwärtige System dominieren und von ihm profitieren. Vielmehr braucht es die vielfältigen Erfahrungen all der Menschen, die auf nachhaltige Art und Weise Lebensmittel produzieren, verarbeiten und zubereiten.

— Tina Goethe

Saatgut – ein Erbe der Völker

Der Saatgutsspezialist Carlos Vicente, Koordinator zweier Partnerorganisationen von *Brot für alle*, warnt vor dem drastischen Verlust der Sortenvielfalt.



Im September wird es einen UNO-Gipfel zu nachhaltigen Ernährungssystemen geben. Welche Rolle spielt das Saatgut dabei?

Saatgut ist die Basis für unsere gesamte Ernährung. Selbst für die Tierzucht brauchen wir landwirtschaftliches Saatgut, für die Futtermittel. Der Verzicht auf Saatgut bedeutet, dass wir uns wieder vom Jagen und Sammeln ernähren müssten. Es waren Bäuerinnen und Bauern, die das Saatgut über eine Zeit von mehr als 10 000 Jahren entwickelt haben, und nicht die Agrarwissenschaftler in ihren Forschungsinstitutionen und Firmen. Die ungeheure Vielfalt ist auf die jeweiligen Umweltbedingungen in den unterschiedlichen Weltregionen zurückzuführen, aber auch den jeweiligen religiösen und kulinarischen Praktiken zu verdanken.

In den letzten 70 Jahren haben wir jedoch 75 Prozent der Sortenvielfalt verloren. Das ist dramatisch! Die Welternährungsorganisation

FAO weist in ihrem letzten Bericht zur Lage der agrarbiologischen Vielfalt die Hauptverantwortung dafür der industriellen Landwirtschaft zu. Denn die maschinell betriebenen Monokulturen funktionieren nur mit genetisch homogenen Sorten. Nicht zuletzt wegen der notwendigen Anpassungen aufgrund des Klimawandels brauchen wir aber mehr Vielfalt, nicht weniger. Und die Vielfalt können wir nur auf den Feldern der Bäuerinnen und Bauern erhalten. In meinen Augen sind die Saatgutbanken, in denen die Sorten für Jahrzehnte tiefgefroren gelagert werden, eigentliche Saatgutfriedhöfe.

Was müssten unsere Regierungen denn tun, um die Saatgutvielfalt zu erhalten?

Zuallererst müssen wir die intellektuellen Eigentumsrechte auf Saatgut sowie die Patente abschaffen. Sie haben zu einer Privatisierung des Saatguts geführt, mit der sich

Firmen oder Universitäten die Züchtungsleistungen der Bäuerinnen und Bauern aneignen. Zu Unrecht: Nur weil sie einer bestehenden Sorte eine bestimmte Eigenschaft hinzugefügt haben, gehört ihnen doch nicht die ganze Pflanze mit all ihren Eigenschaften, die sie schon vorher hatte. Das ist, als würde ich einem Roman ein Kapitel hinzufügen und dann das ganze Buch als meine Leistung ausgeben.

Züchtung wurde erst mit der Einführung von Patenten und Sortenschutz für private Firmen profitabel. In den letzten Jahrzehnten hat das zu einer ungeheuren Monopolisierung geführt. Auch in der Schweiz und in Europa sind ja viele kleinere Pflanzenzuchtbetriebe systematisch von den grossen Firmen aufgekauft worden. Heute kontrolliert nur eine Handvoll Agrarkonzerne den weltweiten kommerziellen Saatgutmarkt. Die Basler Syngenta ist eine davon.

Um die Qualität des Saatguts weiter zu entwickeln, brauchen wir aber Züchtung?

Für mich ist die Vielfalt das wichtigste Qualitätsmerkmal. Nur wenn ich viele verschiedene Mais- oder Kartoffelsorten habe, bin ich für unterschiedliche Kontexte und Risiken gewappnet. Was haben denn die grossen Agrarfirmen für Sorten gezüchtet? Hybrid- und Genteichmais zum Beispiel, die ohne chemischen Dünger und Pestizide gar nicht angebaut werden können. Solche von chemischen Giften abhängige Sorten sind aber qualitativ nicht hochwertig! Wir müssen die bäuerlichen und indigenen Saatgutssysteme stärken. In der UNO-Erklärung über die Bauernrechte gibt es ein eigenes Kapitel zu Saatgut. Es wurde gemäss dem Grundsatz verfasst, den die internationale Kleinbauernbewegung La Via Campesina vertritt: Das Saatgut ist ein Erbe der Völker im Dienst der Menschheit. — *Interview: Tina Goethe*



Carlos Vicente ist Koordinator der argentinischen *Acción por la Biodiversidad* und Mitarbeiter der *Organisation Grain*.

Gartenbau statt Tourismus

Die Bewohnerinnen und Bewohner der Insel Pari stärkten in der Corona-Krise ihre Selbstversorgung – mit Gartenbau.

In normalen Zeiten ist der Tourismus die wichtigste Einnahmequelle auf Pari: Die kleine Insel, direkt vor der Küste der indonesischen Hauptstadt Jakarta, ist ein paradiesisches Ausflugsziel und ein Ort der Erholung von der Grossstadt. Deshalb hat die Corona-Krise das kleine Eiland hart getroffen: Plötzlich blieben die Touristinnen und Touristen fern. Wegen der Isolation vom Festland und der eingeschränkten Mobilität wurden zudem die Lebensmittel auf der Insel knapp.



Die Menschen auf der indonesischen Insel Pari haben während der Corona-Krise in unzähligen Arbeitsstunden dem unwirtschaftlichen Boden einen Garten abgetrotzt.

Die Krise als Chance

In dieser Notsituation hat die indonesische Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Walhi, eine Partnerorganisation von *Brot für alle*, zusammen mit weiteren lokalen Partnern das Kooperationsprogramm «Pari Island Citizens Garden» ins Leben gerufen. Dieses hat zum Ziel, die Bewohner und Bewohnerinnen der Insel, die traditionellerweise vor allem vom Fischfang lebten, mit Techniken des Gemüse- und Gartenbaus vertraut zu machen, um deren Selbstversorgung zu stärken. Angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen auf der Insel kostete bereits der Start zu diesem Unterfangen viel Schweiß: Zahlreiche Freiwillige arbeiteten über zwei Monate lang daran, 600 Quadratmeter Land urbar zu machen. In ihrer Freizeit bearbeiteten sie den Boden mit Hacken, Sicheln und Gabeln. Schutznetze wurden gespannt, um die Wärmeeinstrahlung zu reduzieren, und eine Tropfbewässerungsanlage installiert. So entstand schliesslich ein fruchtbarer Garten, trotz dem sandigen Boden ohne Humusschicht und der grossen Hitze.

Walhi betrachtet das Projekt als Erfolg: Der Garten ist innert kurzer Zeit zu einem Ort geworden, an dem sich die Inselgemeinschaft trifft und austauscht. Ausserdem entdecken die Menschen von Pari durch das Gärtnern alte Knollenpflanzen und Kräuter wieder neu, die ihre Vorfahrinnen und Vorfahren noch regelmässig kultivierten und assen oder für die Heilkunst verwendeten.

In einem nächsten Schritt sollen die Menschen auf der Insel nun lernen, aus organischem Abfall Kompost für den Garten herzustellen. Denn bisher wurde dieser, zusammen mit dem restlichen Müll, nach Jakarta verschifft. Zudem sollen die Süsswasserquellen auf der Insel künftig sowohl für den Gemüsebau wie für sanitäre Anlagen effizienter genutzt werden. So hat die Coronakrise auf Pari geholfen, neue Lösungen zu finden und damit die Insel ein Stück unabhängiger und nachhaltiger zu machen. — *Valentin Baer*



Ihre Spende trägt dazu bei, die Ernährungssicherheit zu stärken.
PC-40-984-9



Just Transition

Der Wandel hin zu nachhaltigen Ernährungssystemen darf nicht auf Kosten von Bauern und Arbeiterinnen gehen. Deshalb engagiert sich *Brot für alle* für die Entwicklung einer gerechten Transformation im Palmölsektor.

Alle wünschen sich klare Luft, sauberes Wasser, eine lebendige biologische Vielfalt und faire Arbeitsbedingungen. Doch die politischen Widerstände gegen Massnahmen, um dies zu erreichen, sind immens. Dahinter stehen in erster Linie grosse Konzerne und Investoren, die um den Erhalt ihrer profitablen, aber umweltzerstörerischen und ausbeuterischen Geschäftsmodelle kämpfen. Wenn Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen aber die Schliessung von Kohleminen oder Palmölplantagen fordern, fürchten viele zu Recht, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Diese Menschen sind in einem Dilemma: Um ihren Lebensunterhalt und die Ausbildung ihrer Kinder zu finanzieren, sind sie auf eine Arbeit in gesundheitsgefährdenden, klima- und umweltschädlichen Wirtschaftssektoren angewiesen. Und tragen damit dazu bei, die Zukunft ihrer Kinder und Enkelkinder zu gefährden.

Gerechter, sozial verträglicher Wandel

In der Klimadebatte wurde gemeinsam mit Gewerkschaften das Konzept «Just Transition» (gerechter Wandel) entwickelt, um soziale Gerechtigkeit und Ökologie in Einklang zu bringen. Dieser Ansatz lässt sich

auch auf Ernährungssysteme übertragen. Auf den Palmölsektor angewandt bedeutet das den Umbau monokultureller Plantagen in vielfältige, ökologische Betriebe. Palmöl wäre dann nur noch ein Produkt unter vielen, der Boden und die Menschen vor Ort würden nicht mehr dem Profit von Konzernen und Investoren untergeordnet. Im Gegenteil: Im Fokus stünde die selbstbestimmte Produktion, Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln und anderen Agrarprodukten.

Um ihr Geschäftsmodell zu verteidigen und die Belegschaft an sich zu binden, schüren die Plantagenfirmen jedoch die Ängste vor dem Jobverlust. So bringen sie gezielt ihre Arbeiterinnen und Angestellten gegen lokale Gruppen auf, die sich gegen die ökologische Zerstörung und den Landraub durch die Konzerne zur Wehr setzen. Dabei sind die Arbeits- und Lebensbedingungen auf den Plantagen alles andere als gut: Es gibt kaum angemessenen Schutz vor Agrargiften, die Arbeitsrechte werden missachtet, die Löhne sind niedrig, die Unterkünfte für die Arbeiterfamilien schlecht. Auf die Frage, was sie sich für ihr Leben und das ihrer Kinder wünschen, wird oft ein eigenes Stück Land genannt oder die Möglichkeit, einen eigenen Kiosk oder Laden betreiben zu können. Nicht jedoch die Arbeit auf einer Palmölplantage.

Gemeinsam mit Partnerorganisationen aus Indonesien und dem transnationalen Palmoil Solidarity Network will *Brot für alle* in Zukunft den Dialog zwischen Plantagen-gewerkschaften, Umwelt- und Indigenen-Organisationen fördern. Damit soll eine Grundlage für ein gegenseitiges Verständnis der jeweiligen Lebenssituation, Interessen und Wünsche geschaffen werden. Dies wiederum ist die Voraussetzung, um gemeinsame Visionen und Positionen für eine Palmölproduktion zu entwickeln, die wirklich ökologisch und sozial gerecht ist. — *Tina Goethe*

«Die nächsten zehn Jahre sind entscheidend»

In der Schweiz engagieren sich junge Aktivistinnen und Aktivisten für eine «Landwirtschaft mit Zukunft». Ihre Vision: Bäuerinnen, Bauern und Konsumierende entwickeln gemeinsam ein faires und nachhaltiges Ernährungssystem.



Sommer 2021: In Bern werben Aktivistinnen und Aktivisten für mehr Nachhaltigkeit und Demokratie.

Weitermachen wie bisher ist für Dominik Waser keine Option. «Viele haben das Gefühl, es sei nicht so schlimm, aber eigentlich sind wir bereits mitten in der Katastrophe: Schauen wir uns den dramatischen Rückgang der Biodiversität an – das kontaminierte Wasser, die Pestizid-belasteten Böden, die wirtschaftliche Situation vieler Bäuerinnen und Bauern», fasst der 23-jährige gelernte Landschaftsgärtner die Lage zusammen. Für ihn steht fest: Es braucht substanzielle Veränderungen, sonst werden wir die Klimaziele nicht erreichen und irgendwann nicht mehr produzieren können. Gemeinsam mit weiteren Klimastreikaktivistinnen und -aktivisten gründete er deshalb vor zwei Jahren den Verein «Landwirtschaft mit Zukunft», der von zahlreichen Unternehmen, Initiativen und Organisationen unterstützt wird – unter anderem auch von *Brot für alle*. Dessen Ziel: Die grundlegende Transformation des Schweizer Landwirtschafts- und Ernährungssystems. Weg von der gegenwärtigen Übernutzung der Ressourcen, die unsere Lebensgrundlagen zerstört, hin zu nachhaltigen agrarökologischen Systemen. Statt grosser Monokulturen sind Vielfalt und Diversität angesagt sowie die Suche nach neuen Lösungen, basierend auf traditionellem Wissen und innovativen Modellen. Dabei müsse stets auch der Konsum mitgedacht werden, sagt Dominik Waser: «Nachhaltige Ernährung ist ein Gemeinschaftsding – es braucht dafür sowohl die Landwirtschaft wie auch die Konsumierenden.»

Wachsendes Bewusstsein

Ein zentrales Anliegen von «Landwirtschaft mit Zukunft» ist denn auch die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Art und Weise, wie sie sich ernährt. Dazu gehören Informationen über die Herkunft und die Qualität landwirtschaftlicher Produkte, aber auch über die Auswirkungen der Produktionsweise auf die Umwelt oder darüber, wie Preise zustandekommen. Wer beim Grossverteiler einkauft, wird in der Regel kaum mit solchen Fragen konfrontiert. Dafür braucht es andere Strukturen. Als Beispiel nennt Dominik Waser die Einkaufsgenossenschaft Rampe21, die in Zürich einen eigenen Laden mit einem fein abgestimmten Sortiment an Demeter- und Bioprodukten betreibt. Solche Modelle ermöglichen einen direkten Austausch auf Augen-

höhe zwischen Kundinnen, Kunden und den Produzierenden. Zudem kann so der Zwischenhandel eliminiert werden, was sich positiv auf das Einkommen der Bäuerinnen und Bauern auswirkt. Mittlerweile gibt es zahlreiche Modelle und Formen der Direktvermarktung – vom traditionellen Wochenmarkt über Hofläden bis zum Bio-Onlinehandel – Tendenz zunehmend. Auch dank dem wachsenden Umwelt- und Ernährungsbewusstsein, zumindest in Teilen der Bevölkerung.

Umbau in der Landwirtschaft

Basierend auf Diskussionen mit gleichgesinnten Bäuerinnen und Bauern hat «Landwirtschaft mit Zukunft» eine Vision skizziert, wie unser Ernährungssystem 2030 aussehen müsste. Ein wichtiger Faktor ist und bleibt dabei der Umbau der Landwirtschaft hin zu einer pestizidfreien, nachhaltigen und weniger intensiven Produktion. Die Tierhaltung soll auf Flächen im Berggebiet beschränkt werden, die sich nicht für den Ackerbau eignen. Statt Tierfutter sollen zudem schweizweit vermehrt Getreide und Hülsenfrüchte für die menschliche Ernährung angebaut werden. «Der Anbau von Mais für die Tierproduktion ist Ressourcenverschwendung», erklärt Dominik Waser. «Bei der Verfütterung von Agrarprodukten verliert man 80 Prozent des Nährwerts.» Die Schweiz wird sich jedoch niemals selbst ernähren können. Auch bei einer drastischen Reduktion der Fleisch- und Milchproduktion zugunsten anderer Landwirtschaftserzeugnisse sowie einer Verringerung der Lebensmittelverschwendung wird sie auch künftig Nahrungsmittel importieren müssen. Diese müssten nach den gleichen hohen Standards wie in der Schweiz produziert sein und dürften nicht zu billigeren Preisen als die inländischen Produkte gehandelt werden, so die Vision von «Landwirtschaft mit Zukunft».

Ernährungspolitik breit verankern

Antworten auf die Fragen zur Zukunft unserer Landwirtschaft dürfen allerdings nicht – wie dies bisher üblich war – nur aus agrarpolitischer Sicht diskutiert werden. Themen wie Klima, Gesundheit oder Demokratie müssen genauso berücksichtigt werden. Um diese Forderungen umzusetzen, hat der Verein «Landwirtschaft mit Zukunft» bereits 2020 das

Ernährungsparlament initiiert, wo junge Landwirtinnen und Landwirte aus aller Welt zu Wort kommen konnten – dank der Vermittlung von *Brot für alle* unter anderen auch ein Vertreter einer Bauernorganisation aus Mali. Als nächster Schritt sollen nun die Erfordernisse für ein zukunftsfähiges, nachhaltiges Ernährungssystem im Rahmen eines breit verankerten und von Politik und Behörden getragenen Bürgerinnen- und Bürgerrats für Ernährungspolitik weiter ausgelotet werden. Obschon die Anliegen von «Landwirtschaft mit Zukunft» mit der Ablehnung der Pestizid- und der Trinkwasserinitiative sowie des CO₂-Gesetzes im letzten Juni einen herben Rückschlag erlitten haben, ist Aufgeben für Dominik Waser kein Thema – zu dringend ist das Problem. Er versucht denn auch, vor allem die positiven Seiten zu sehen: «Im Lauf der letzten Abstimmungskampagne konnten wir sehr viele Menschen erreichen und vor allem Junge sensibilisieren.» An der jungen Generation liege es denn auch, jetzt vorwärtszumachen: «Wenn wir in dreissig Jahren noch leben wollen, müssen wir etwas verändern – die nächsten zehn Jahre sind entscheidend.» — *Gabriela Neuhaus*

landwirtschaftmitzukunft.ch



Dominik Waser an einer Veranstaltung des von ihm mitbegründeten Vereins «Landwirtschaft mit Zukunft».

Gutes tun – heute und in Zukunft

Seit Jahren bestätigen Studien und Untersuchungen: Geld oder Zeit für einen guten Zweck zu spenden, macht glücklich. Zu Lebzeiten kümmern wir uns um unsere Lieben. Und wir können unsere Solidarität mit der Weltgemeinschaft und der Umwelt ausdrücken, indem wir gemeinnützige Organisationen mit Spenden berücksichtigen. Dank einem Legat oder einer Trauerspende lebt unsere Solidarität sogar über den Tod hinaus weiter. Auch *Brot für alle* darf jedes Jahr auf Einnahmen aus Vermächtnissen zählen. Diese Mittel sind sehr wertvoll für die Umsetzung unserer Vision eines Lebens in Gerechtigkeit und Würde für alle Menschen.

In Gesprächen mit Spenderinnen und Spendern fällt immer wieder auf, wie vielen es wichtig ist, sich für die nächste Generation zu engagieren. Mit ihrem letzten Willen

wollen sie etwas Konkretes bewirken und ein gutes Andenken hinterlassen, wie Gespräche mit Menschen, die sich für ein Legat entschieden haben, zeigen:

« Ich erinnere mich, dass es in meinen Jugendjahren viel mehr Schmetterlinge, Insekten, Käfer, Vögel und Wiesenblumen gab. Meine Eltern lehrten mich als Kind, wie sie heissen. Heute, als Grossmutter, ist es schwierig, meinem Enkel diese Vielfalt zu zeigen. Die Artenvielfalt, wie ich sie kannte, gibt es nicht mehr. Aus diesem Grund sind für mich Umwelt- und Klimaschutz ein zentrales Anliegen. Dafür will ich auch nach meinem Tod etwas bewirken. »

« Ich hatte ein glückliches Leben und möchte darum etwas von meinem Glück weitergeben. »

« In meinem Berufsleben als Ingenieur war ich viele Jahre im Brückenbau tätig. Ich möchte auch nach meinem Tod für andere Menschen eine solide Brücke in die Zukunft bauen. »

Das neue Erbrecht unter der Lupe

Voraussichtlich 2023 wird das revidierte Erbrecht in Kraft treten, das den Erblassenden mehr Freiheiten gewähren wird als das heute noch geltende Recht.

Die drei wichtigsten Änderungen:

- Hinterlässt die verstorbene Person einen Ehegatten/eine Ehegattin, wird der Pflichtteil für die Nachkommen auf einen Viertel reduziert (bisher drei Achtel).
- Bei einer verstorbenen Person ohne Ehegatten/Ehegattin beträgt der Pflichtteil der Nachkommen neu die Hälfte des Nachlasses (bisher drei Viertel).
- Der Pflichtteilsanspruch der Eltern von kinderlosen Personen wird abgeschafft.

Weitere Informationen über Erbrecht und Nachlassspenden zugunsten von *Brot für alle*: www.brotfueralle.ch/spenden/testament

